



20.041

Voranschlag der Eidgenossenschaft 2021 mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan 2022–2024

Budget de la Confédération 2021 assorti du plan intégré des tâches et des finances 2022–2024

Differenzen – Divergences

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 02.12.20 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 02.12.20 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 03.12.20 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 07.12.20 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 09.12.20 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 10.12.20 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 15.12.20 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 16.12.20 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)

1. Voranschlag der Verwaltungseinheiten 1. Budget des unités administratives

Guggisberg Lars (V, BE): Kinderschutz und Kinderrechte sind zweifellos wichtige Anliegen und Aufgaben. Zudem tönt das Thema gut und lässt sich gut verkaufen. Deshalb ist die Verlockung gross, dafür doppelt so viel Steuergeld auszugeben. Dieser Umstand sollte uns aber nicht die klare Zuständigkeitsordnung in diesem Bereich ignorieren lassen. Wir sollten uns nicht zu deutlich höheren Ausgaben hinreissen lassen, wenn sie im Widerspruch stehen zur Aufteilung der Kompetenzen unter den verschiedenen Staatsebenen. Die Kompetenz zum Schutz von Kindern liegt nämlich klar bei den Kantonen und Gemeinden.

Trotzdem will die Kommissionsmehrheit praktisch eine Verdoppelung der Ausgaben. Stichhaltige Gründe, die es für Ausgabenerhöhungen in diesem Ausmass braucht, sind aus unserer Sicht nicht gegeben. Wir sind der Meinung, dass angesichts der Hauptzuständigkeit der Kantone und Gemeinden auf Bundesebene 1,5 Millionen Franken genügen. Der ständerätliche Beschluss mit diesen 1,5 Millionen Franken ist ein gutschweizerischer Kompromiss, mit welchem wir leben können. Ich bitte also die bisherige Ratsmehrheit, von der Maximalforderung abzuweichen und auf diese 1,5 Millionen Franken einzuschwenken; wir machen Ihnen beliebt, auf diesen Kompromiss einzugehen.

Ich gelange kurz zu unserem zweiten Minderheitsantrag betreffend Technologietransfer. Der Bundesrat und der Ständerat sehen dafür im kommenden Jahr Ausgaben im Umfang von gut 4 Millionen Franken vor. Wir erachten diese 4 Millionen Franken als ausreichend und lehnen eine Erhöhung um 1 Million Franken ab. Der Bedarf für eine Erhöhung ist aus unserer Sicht nicht ausgewiesen.

Zusammenfassend: Wir beantragen Ihnen mit diesen beiden Minderheiten, auf die Linie des Ständerates einzuschwenken. Besten Dank für die Unterstützung.

Gmür Alois (M-CEB, SZ): Meine drei Minderheitsanträge betreffen den BFI-Bereich. Der Nationalrat hat gegenüber dem Bundesrat aufgestockt. Die Begründung der Aufstockung war, dass die Beträge gemäss Botschaft, die sich in der Differenzbereinigung befindet, im Voranschlag berücksichtigt werden sollen. Der Ständerat will hier zuerst klare gesetzliche Voraussetzungen haben und die notabene infrage gestellten Beträge nicht jetzt schon budgetieren. Der Bundesrat hat zugesichert, dass er, wenn alles geklärt ist, bereit ist, mit den nötigen Nachträgen ins Parlament zu kommen. Meine Minderheit ist zudem der Meinung, dass die Ausgaben im BFI-Bereich in den letzten Jahren immer zugenommen haben. Auch in diesem Voranschlag nehmen die Ausgaben im BFI-Bereich um 1 Prozent zu, und dies ohne die Erhöhung, die der Nationalrat zusätzlich beschlossen





hat und die jetzt zur Diskussion steht. Zudem hat die ETH freie Reserven von 1,5 Milliarden Franken. Diese Institution hat das Geld momentan nicht nötig. Die Aufstockungen, die der Bundesrat gemacht hat, reichen. Ich bitte Sie, meine Minderheit zu unterstützen und damit dem Ständerat und dem Bundesrat zu folgen.

Schneider Schüttel Ursula (S, FR): Ich vertrete zwei Minderheiten, eine bei der Position 708.A231.0234, "Direktzahlungen Landwirtschaft". Sie finden diese auf Seite A2 der Fahne. Die Rahmenbedingungen zur Kreditverwendung sind etwas weiter hinten auf Seite C3 der Fahne verzeichnet. Die zweite Minderheit betrifft nur den Finanzplan 2022–2024 im Bundesbeschluss II zum WBF.

Zur ersten Minderheit: Es ist ja schon erstaunlich, dass die SP-Fraktion einen Antrag auf Erhöhung der Direktzahlungen Landwirtschaft stellt. Es ist noch erstaunlicher, wenn dieser dann gerade von Vertreterinnen und Vertretern, die vor allem die Anliegen der Landwirtschaft einbringen, nicht unterstützt wird. Wir haben eine Erhöhung um 1,8 Millionen Franken beantragt, damit genügend Gelder für Sömmerungsbeiträge an die Schafalpen ausgerichtet werden können. Dies erfolgt namentlich nach dem Ja zum Jagdgesetz, da wir damit rechnen, dass zahlreiche Herdenschutzmassnahmen wie die Behirtung von Schafherden ergriffen werden.

Offenbar stösst der Antrag für die Unterstützung der Schafherdenhalter bei denjenigen, die ansonsten öfters mehr oder weniger grosszügig die Landwirtschaft unterstützen, nicht auf Anklang. Mit dem Beschluss, der in der Zwischenzeit gefasst worden ist, bei den Direktzahlungen auf eine Teuerungskorrektur zu verzichten, kommen genügend Mittel für die Direktzahlungen zusammen, sodass wir davon ausgehen, dass auch genügend Beiträge für die Sömmerung von behirteten Schafherden zur Verfügung stehen. Ich ziehe deshalb meinen Minderheitsantrag zurück, nehme aber die Kritiker beim Wort, dass sie bei einer erneuten Revision des Jagdgesetzes Hand zu einer Lösung bieten, die namentlich den Anliegen der Schafherdenhalter, aber auch den Anliegen des Naturschutzes Rechnung trägt.

Mit der zweiten Minderheit rufe ich Sie nochmals dazu auf, die Beiträge für Erasmus plus wenn nicht in den Voranschlag 2021, so dann wenigstens in die Finanzplanung 2022–2024 beim WBF unter der Position 750.A231.0269, "Internationale Mobilität Bildung", einzustellen. Ich habe bereits im ersten Teil der Budgetdebatte die Meinung vertreten, dass eine Vollasoziiierung so rasch als möglich anzustreben ist. Wir rufen den Bundesrat nochmals dazu auf, mit den Verhandlungen vorwärtzumachen. Das ist ein Wunsch, den das Parlament wiederholt geäussert und bestätigt hat. Wir sind es unseren Jugendlichen schuldig, dass wir ihnen die Möglichkeit geben, ihren Horizont zu erweitern und ihre Berufschancen durch die Auslandsaufenthalte zu erhöhen.

Je vous prie d'approuver, avec Erasmus plus, cet investissement dans le futur de nos jeunes en formation. Notre pays est prospère. Nous avons les moyens d'investir dans la formation des jeunes par ces échanges internationaux dans le cadre d'Erasmus plus. Cet investissement dans la formation, qui est la ressource la plus importante de la Suisse, représente un bon investissement pour l'avenir collectif et le bien de notre pays.

AB 2020 N 2382 / BO 2020 N 2382

Schwander Pirmin (V, SZ): Ich bitte Sie namens der SVP-Fraktion, den jeweils tieferen Beträgen zuzustimmen. Ich habe es schon bei der ersten Lesung des Budgets gesagt: Wir müssen schauen, dass alle Ausgaben, die allenfalls im nächsten Jahr auch noch kommen, Platz finden werden, dass wir die ausserordentlichen Ausgaben nicht noch mehr erhöhen. Deshalb ist es wichtig, dass wir jetzt Ausgabendisziplin halten und die Beträge nicht einfach noch mehr aufstocken, als es uns der Bundesrat überhaupt vorgeschlagen hat. Ich bitte Sie deshalb, den tieferen Beträgen zuzustimmen.

Noch eine Bemerkung zum Kinderschutz: Mit mehr Geld können Sie den Kinderschutz nicht verstärken. Den Kinderschutz können wir verstärken, indem wir eine Gesetzesrevision vornehmen, weil eben die Behörden und Gerichte nicht das umsetzen, was wir 2008 in diesem Saal beschlossen haben. Das ist die Realität. Ich fordere den Bundesrat und uns alle auf, diese Revision, die im Gang oder angedacht ist, jetzt so schnell wie möglich durchzuziehen, sodass wir dort Verbesserungen erzielen können. Es kann nicht sein, dass Behörden das Wort "Kindeswohl" nach Belieben auslegen, ohne Rücksicht auf das zu nehmen, was der Gesetzgeber 2008 tatsächlich wollte.

Das gilt ebenso für die Rechtspraxis. Es zeigt sich, dass das, was wir hier im Saal 2008 beschlossen haben, im Alltag nicht umgesetzt wird. Deshalb brauchen wir eine Gesetzesrevision. Mehr Geld nützt hier nichts. Ich appelliere wirklich an alle, hier am gleichen Strick zu ziehen, damit es beim Kindeswohl, beim Schutz der Kinder, endlich vorwärtgeht. Es ist für mich und die SVP-Fraktion eine Schande, was in diesem Lande diesbezüglich passiert.

Eine zweite Bemerkung zu den Zielsetzungen: Wir haben darauf verzichtet, Minderheitsanträge zur Änderung



der Zielsetzungen einzureichen. Aber wir müssen einmal in den nächsten ein, zwei Jahren generell das Thema der Zielsetzungen anschauen. Im Zusammenhang mit dem Voranschlag werden immer wieder Ziele gesetzt. Beim neuen Rechnungsmodell des Bundes wurde uns gesagt, das Parlament könne dann über Ziele führen, nicht mehr über Zahlen. Aber bis heute ist es so, dass wir überhaupt nicht über Ziele führen. Das Thema Zielsetzungen müssen wir deshalb einmal generell überprüfen. Ich glaube, der Bundesrat ist daran, dieses Thema generell zu überprüfen und allenfalls hier dem Parlament Änderungen vorzuschlagen. Nach diesen zwei Bemerkungen bitte ich Sie nochmals, in der Differenzbereinigung den tieferen Beträgen zuzustimmen.

Friedl Claudia (S, SG): Es sind nicht viele Differenzen, die es jetzt noch zum Ständerat gibt, und es geht eigentlich auch nicht um sehr grosse Beträge. Aber es sind ein paar ganz wichtige Positionen dabei, und da möchte ich Herrn Schwander natürlich schon widersprechen, wenn er sagt, beim Kinderschutz und bei den Kinderrechten müsse man nur richtige Gesetze machen, aber es brauche dafür kein Geld. Das stimmt so schlicht und einfach nicht. Wir unterstützen ganz klar die Kommissionsmehrheit. Wir wollen an den 2 Millionen Franken festhalten und lehnen deshalb den Minderheitsantrag Guggisberg, der diese Position auf 1,5 Millionen Franken kürzen möchte, ab.

Lassen Sie mich noch einmal daran erinnern, dass mit dieser moderaten Erhöhung beim Kinderschutz und bei den Kinderrechten eine dringend notwendige Übergangslösung finanziert werden kann, bis die ebenfalls dringend notwendige Ombudsstelle für Kinderrechte geschaffen wird. Das Parlament hat der Schaffung dieser Ombudsstelle in der Herbstsession zugestimmt. Sprechen wir jetzt für die Zwischenlösung den notwendigen Kredit, denn der Bedarf ist seit Langem ausgewiesen.

Ich spreche nun über drei Differenzen im Bereich des WBF. Es betrifft dies den Finanzierungsbeitrag an den ETH-Bereich, die Innovations- und Projektbeiträge und die Forschungseinrichtungen von nationaler Bedeutung. Die SP-Fraktion unterstützt nach wie vor die Kommissionsmehrheit, welche höhere Beiträge will. Die Differenz zum Ständerat rührt von einer inhaltlichen Differenz aus der Beratung der BFI-Botschaft zwischen dem National- und dem Ständerat her. Ich bitte Sie nun sehr, diese Differenz bis zur Beratung der BFI-Botschaft durch den Ständerat am 14. Dezember 2020 aufrechtzuerhalten. Mit dem Ergebnis der Fachdiskussion, die derzeit noch stattfindet, können dann die richtigen Beträge eingesetzt werden. Es sieht so aus, dass auch der Ständerat diese Strategie fährt. Jetzt einzubrechen und einfach die niedrigeren Beträge des Ständerates einzusetzen, würde nichts anderes heissen, als dass schon in Kürze Nachtragskredite nachgeliefert werden müssten. Lehnen Sie deshalb die drei Minderheitsanträge Gmür Alois jetzt ab.

Der nächste Themenblock betrifft die Landwirtschaft. Nach dem Rückzug des Minderheitsantrags Schneider Schüttel gibt es hier keine Differenzen mehr zum Ständerat. Die SP-Fraktion erwartet aber, dass die nun rückgängig gemachte Teuerungskorrektur und damit der höhere Betrag für Projekte wie die Unterstützung des Herdenschutzes und die nachhaltige Schafalping eingesetzt wird.

Im Bereich der Umwelttechnologie unterstützt die SP-Fraktion überall die Anträge der Mehrheit und lehnt die Minderheitsanträge Guggisberg ab. Mit diesen Beiträgen kann wirklich eine ganz konkrete Alltagsumweltforschung – beziehungsweise fast mehr Abklärung als Forschung – betrieben werden. Es ist ein wichtiger Kredit. Bei der internationalen Mobilität in der Bildung, also Erasmus plus, wird die SP-Fraktion am ersten Entscheid des Nationalrates festhalten und die notwendigen Gelder im Finanzplan für die kommenden Jahre einstellen. Die SP-Fraktion unterstützt damit die Minderheit Schneider Schüttel. Es ist wichtig, jetzt ein deutliches Zeichen zu setzen, damit die Entwicklung der internationalen Mobilität für Schülerinnen, Studierende und junge Berufsleute vom Bundesrat ebenso vorangetrieben wird wie die Mobilität in der Forschung. Deshalb sollen die Beträge im Finanzplan auf das notwendige Mass erhöht werden.

Feri Yvonne (S, AG): Geschätzte Kollegin, als Präsidentin der Stiftung Kinderschutz Schweiz ist mir der Kinderschutz ein grosses Anliegen. Die Minderheit hat gesagt, Kinderschutz finde in den Kantonen und in den Gemeinden statt. Sind Sie nicht auch der Meinung, dass alle Kinder in der Schweiz – egal, wo sie leben, wo sie wohnen – ein Anrecht auf die Umsetzung der UNO-Kinderrechte haben und dass hier der Bund zuständig ist?

Friedl Claudia (S, SG): Ich danke Ihnen für diese Frage. Ja, es ist wirklich so. Es gibt auch einen Teil, für den der Bund zuständig ist. Da möchten wir unterstützend wirken. Es ist erwiesen, dass hier das Geld schon seit Jahren fehlt. Es ist nun sehr wichtig, dass, bis diese Ombudsstelle kommt, eine Übergangslösung finanziert werden kann.

Guggisberg Lars (V, BE): Geschätzte Kollegin Friedl, Sie haben von einer Kürzung gesprochen, die die Min-



derheit verlange. Können Sie bestätigen, dass der bundesrätliche Antrag auf 1,1 Millionen Franken lautete und der nun vorliegende Antrag der Minderheit auf 1,5 Millionen? Das bedeutet eine Erhöhung um 33 Prozent.

Friedl Claudia (S, SG): Danke, Herr Kollege, Sie haben natürlich recht. Ich gehe aber von der Mehrheit aus, und die Kommissionsmehrheit beantragt nun mal 2 Millionen Franken. Das ist für mich der gesetzte Betrag. Deshalb sind 1,5 Millionen Franken eine Kürzung.

Gmür Alois (M-CEB, SZ): Die Mitte-Fraktion unterstützt es, dass beim Bundesamt für Sozialversicherungen 2 Millionen Franken für den Kinderschutz bereitgestellt werden sollen. Es gibt eine zunehmende Anzahl Kinder, die momentan wegen der Covid-Krise schwierige Situationen in der Familie haben und leiden. Dieser Geldbetrag ist nötig, um den Kindern zu helfen. Ich bitte Sie, den Minderheitsantrag Guggisberg abzulehnen und der Mehrheit zu folgen.

Zum BFI-Bereich habe ich vorhin gesprochen; ich bitte Sie, meine Minderheit zu unterstützen. Wenn die Differenzen bei

AB 2020 N 2383 / BO 2020 N 2383

der BFI-Botschaft mit dem Ständerat bereinigt sind, können die Beträge, sofern nötig, mit Nachträgen bewilligt werden.

Bei der Landwirtschaft sind wir wie der Ständerat der folgenden Meinung: Ohne Konzept, wie zukünftig auf unseren Alpen mit Wildtieren umgegangen werden soll, kann den betroffenen Kreisen nicht einfach Geld für Sömmerungsbeiträge an eine nachhaltige Schafalping zugesprochen werden. Es scheint, dass die Gewinner der Abstimmung über das Jagdgesetz die unbefriedigende Situation betreffend den Wolf einfach mit Geld lösen wollen. Der Minderheitsantrag Schneider Schüttel ist zurückgezogen, infolgedessen ist es kein Problem, die Mehrheit hier zu unterstützen.

Bei der Umwelttechnologie unterstützen wir die Erhöhung des Betrags um 1 Million Franken. Ich habe in der ersten Runde die Minderheit angeführt, die eine Erhöhung um 3 Millionen Franken ablehnte, weil es fast eine Verdoppelung des bisherigen Betrags von 4 Millionen Franken war. Das hielten wir für übertrieben. Unser Rat ist jedoch der Mehrheit gefolgt und hat um 3 Millionen Franken aufgestockt. Der Ständerat will keine Aufstockung. Die Mitte-Fraktion ist der Meinung, dass eine Aufstockung um 1 Million Franken verhältnismässig und vernünftig ist. Es gibt gute Projekte, die erfolgversprechend sind und die damit gefördert werden können. Die Erhöhung ist ein Kompromiss und ein Entgegenkommen an den Ständerat. Wir unterstützen die Mehrheit und lehnen die Minderheit Guggisberg ab.

Brélaz Daniel (G, VD): Les Verts se déterminent de la manière suivante sur les différents objets encore ouverts. En ce qui concerne les technologies environnementales, nous rappelons, tout d'abord, que le crédit de 4 017 000 francs est bloqué depuis 20 ans. Mais la société et le monde évoluent. Et on s'aperçoit, devant les mutations technologiques importantes pour l'avenir de la société, que le crédit est déjà engagé à 90 pour cent pour 2021. Soit on accepte que tous les projets novateurs, ou quasi tous, soient bloqués – six d'entre eux ayant atteint une note supérieure à 14 sont en attente –, soit on fait un petit geste.

Lors du premier débat, j'avais demandé 3 millions de francs. La Commission des finances du Conseil des Etats demandait 1 million de francs. Tout à la fin du débat, en partie parce qu'on lui a dit qu'il y avait bien assez d'argent, le Conseil des Etats, par 22 voix contre 19, a renoncé à suivre sa commission.

Il n'y a pas bien assez d'argent. Je vous cite quatre projets bloqués, parmi les six, parce qu'il n'y a pas assez d'argent: le recyclage des batteries au lithium de l'électromobilité – je crois que c'est quelque chose que tout le monde veut; la filtration des eaux de lavage des appareils d'épandage des pesticides de l'agriculture – l'agriculture dit à quel point elle veut faire des efforts, cela aiderait peut-être d'avoir ce genre d'installation; le développement d'un filtre pour l'élimination combinée des poussières fines et des virus pour l'usage dans les transports publics et les bâtiments – projet qui pourrait servir pour un futur virus, ou quelque chose de ce genre; le développement d'un procédé de régénération thermique pour l'élimination quasi complète des polluants dans les fumées des cimenteries – c'est aussi un très gros défi pour notre pays. Tout cela est bloqué. C'est la raison pour laquelle nous vous demandons de déplaçonner d'un million de francs, soit de 25 pour cent. La dernière fois, c'était il y a 20 ans.

Pour ce qui concerne les autres objets, nous soutenons la majorité dans les trois crédits concernant la recherche, l'innovation et la formation. Toutefois, nous sommes conscients que, en étant en procédure d'élimination des divergences, nous risquons, pour avoir une vraie décision, d'aller jusqu'à la Conférence de conciliation, parce qu'il est probable que rien ne sera complètement précis avant. Pour le moment, nous soutenons cette version-là, en espérant qu'on y voie clair suffisamment tôt. Si d'aventure cela devait être impossible, même à la



Conférence de conciliation, parce que celle du FRI serait juste après la nôtre, à ce moment-là, nous prendrions acte du fait que le Conseil fédéral s'engage, en crédits supplémentaires à la première série, à compléter les fonds. Mais pour le moment, nous suivons la majorité.

En ce qui concerne la petite enfance, le Conseil des Etats a fait un geste de 300 000 francs. Par rapport aux besoins, nous estimons justifié le geste d'un peu moins d'un million de francs, parce que c'est un domaine reconnu comme extrêmement important.

En ce qui concerne Erasmus, nous pensons que nous devons garder notre ligne.

En ce qui concerne le problème des moutons dans les régions de montagne, nous sommes toujours étonnés à quel point il y a une réactivité de tous ceux qui auraient besoin de cette aide, mais qui ne veulent pas en entendre parler pour des raisons vexatoires. On verra ce qui se passe ici. Si cela ne passe pas, nous espérons que la nouvelle mouture de la loi sur la chasse sera de nature à satisfaire tout le monde. Mais il y aura au moins un à deux ans de délai en raison du rythme parlementaire.

Farinelli Alex (RL, TI): Il gruppo liberale-radicalo mantiene la sua linea, seguendo sempre la maggioranza salvo per la proposta di minoranza inerente i contributi all'associazione a protezione dell'infanzia. In particolare nel campo della difesa dei diritti dei bambini è un compito sicuramente importante e da sostenere. È importante non dimenticare che un ruolo fondamentale lo svolgono i cantoni e comuni, chiamati in prima battuta ad intervenire, senza poi escludere da questo compito le tante associazioni della società civile che danno il loro contributo a questo ambito.

Wie auch der Sprecher der Minderheit gesagt hat, ist der Kompromiss des Ständerates, diesen Betrag um mehr als 30 Prozent zu erhöhen, aus unserer Sicht daher absolut vernünftig und leistet einen wichtigen Beitrag in diesem Bereich des Kinderschutzes.

Per quanto concerne l'ambito delle tecnologie ambientali, considerato il fatto che vi sono progetti importanti in attesa di poter partire, ad esempio nel riciclaggio delle batterie a litio, tema che si collega a quello assolutamente attuale dell'elettrificazione e della mobilità, si ritiene di proporre un contributo superiore di un milione di franchi. Questo tenendo presente che il contributo non verrà erogato senza nessuna condizione ma semplicemente se vi saranno dei progetti concreti da sostenere.

Per quanto concerne invece l'ambito BFI, considerato che le Camere non si sono ancora espresse in questo campo, si ritiene di voler tenere aperte le cifre, mantenendo quindi la divergenza su questo ambito – in attesa di avere una scelta delle Camere –, per poi inserire nel preventivo le cifre definitive.

In questo senso il gruppo liberale-radicalo sosterrà la posizione della commissione, non come posizione di principio ma piuttosto come posizione per, appunto, mantenere una divergenza.

Lassen Sie mich abschliessend betonen, was Herr Schwander gesagt hat. Er hat völlig recht, wenn er sagt, dass es wenig Sinn macht, Ziele zu setzen, wenn man nicht darüber diskutieren kann. In diesem Sinne ist es sicherlich angebracht, darüber nachher eine Debatte zu eröffnen.

Matter Michel (GL, GE): Au moment d'évoquer les divergences, le groupe vert/libéral tient à souligner la qualité et la sagesse des débats au sein de la Commission des finances de notre conseil, et son efficience. Il remercie son président.

Le groupe vert/libéral soutient, comme la majorité de la Commission des finances de notre conseil, le montant de 2 millions de francs concernant le poste 318.A231.0247, "Protection et droits de l'enfant". Le soutien par la Confédération à plusieurs associations actives dans le domaine de la protection des enfants est capital et se doit d'être renforcé.

Les Vert/libéraux apportent leur soutien, comme la majorité également de notre conseil, aux écoles polytechniques fédérales et à la mobilité internationale, ainsi qu'à la formation, en pensant principalement au programme Erasmus plus. Notre pays est prospère et ouvert: une partie de cette prospérité est clairement liée à la recherche et à l'innovation. Les échanges internationaux apportent le mélange essentiel des connaissances et des cultures. C'est une force pour la Suisse. Les Vert/libéraux préconisent de soutenir le domaine de

AB 2020 N 2384 / BO 2020 N 2384

l'éducation et de la recherche et de contribuer à ce que la Suisse puisse rester sur le plan mondial à la pointe non seulement des domaines de l'innovation et de la recherche, mais aussi de la formation.

Concernant le poste 708.A231.0234, "Paiements directs versés dans l'agriculture", le groupe vert/libéral aurait soutenu les fonds supplémentaires proposés par la minorité Schneider Schüttel, mais comme vous l'avez entendu, cette proposition a été retirée.

Au poste 810.A236.0121, "Technologies environnementales", nous apporterons notre soutien à la proposition



de la majorité de la commission d'un montant de 5,017 millions de francs, qui est un compromis sensé et un pas en direction du Conseil des Etats.

L'encouragement des innovations dans le domaine des technologies environnementales, en vue de leur mise sur le marché, doit être soutenu.

Maurer Ueli, Bundesrat: Es geht nur noch um finanziell relativ unbedeutende Differenzen, die zu bereinigen sind. Bei der Position 318.A231.0247, "Kinderschutz/Kinderrechte", geht es um die 500 000 Franken. Ich würde Ihnen empfehlen, bei der Minderheit zu bleiben. Wenn wir Geld ausgeben, dann sollten wir eine Strategie oder eine Zielsetzung haben. Hier, glaube ich, haben wir oder Sie die Hausaufgaben noch nicht gemacht. Wenn Sie einfach mehr Geld sprechen, aber nicht genau definieren, wofür, kommen Sie dem Ziel nicht entgegen, das Sie verfolgen, nämlich den Schutz der Kinder zu verbessern. Wenn wir hier mehr Geld ausgeben, müssen wir das auch entsprechend einsetzen können. Ich bitte Sie also, bei der Minderheit zu bleiben und sich dann zu überlegen, was mit einem Mehr von Mitteln passieren soll.

Im Bereich der Forschung, der ETH usw. besteht die Differenz zwischen den beiden Räten auf der Fahne auch in Bezug auf die Behandlung der Botschaft. Ich nehme an, dass Sie das dann bereinigen, wenn auch die Botschaften bereinigt sind. Selbstverständlich plädiere ich hier für die tieferen Beiträge. Wir haben die Mittel für den Bereich der Bildung in den letzten Jahren stets überdurchschnittlich erhöht. In Anbetracht der rund 30 000 Millionen Franken Schulden, die wir in diesen zwei, drei Jahren äufnen, ist es meiner Meinung nach nicht angebracht, hier noch einmal zu erhöhen.

Bei der Position 810.A236.0121, "Umwelttechnologie", haben Sie einen Kompromiss vorgeschlagen. Mit dieser Million mehr könnte ich im Sinn der Differenzbereinigung leben.

In Bezug auf den Finanzplan hat Frau Schneider Schüttel gesagt, der Bundesrat solle bei Horizon Europe endlich vorwärtskommen. Ich würde diese Forderung nach Brüssel weitergeben, weil wir ja mit Brüssel verhandeln müssen. Unser guter Wille zur Verhandlung nützt nichts. Ich bitte Sie, das noch nicht einzusetzen, damit wir dann die konkreten Beträge einsetzen können, wenn die Verhandlungen geführt sind.

Zum Schluss noch zu den Bemerkungen von Herrn Farinelli und Herrn Schwander: Die Zielsetzungen sind tatsächlich Instrumente, die durch Sie noch nicht genügend genutzt werden können. Das liegt auch an uns. Wir haben den Wirksamkeitsbericht über das neue Führungsmodell veranlasst, der Ihnen nächstes Jahr zur Verfügung steht. Ich denke, es gibt dann die Gelegenheit, um genau diese Fragen, die Sie aufgeworfen haben, zu diskutieren, damit das Instrument für Sie noch wirksamer werden kann.

In dem Sinne bitte ich Sie, in der Regel dem Bundesrat zu folgen.

Feri Yvonne (S, AG): Herr Bundesrat, Sie haben vorhin gehört, dass ich Präsidentin der Stiftung Kinderschutz Schweiz bin. Sie sagen, man solle die Minderheit unterstützen, weil es noch keine Strategie gebe. Es sind viele Vorstösse im Bereich des Kinderschutzes hängig. Es gibt viele Projekte, die hängig sind. Ist es Ihnen nicht möglich, das Geld, welches das Parlament spricht, innerhalb eines Jahres gezielt in Bezug auf die Wünsche des Parlamentes und im Sinne des Kindeswohls in der ganzen Schweiz einzusetzen?

Maurer Ueli, Bundesrat: Der Vorschlag kommt ja von Herrn Kollege Berset, vom Bundesamt für Sozialversicherungen. Dort hat man wahrscheinlich gerade in den nächsten Monaten mit den gestellten Aufgaben noch andere Prioritäten. Ich werde das gerne Herrn Berset weitergeben. Ich glaube schon, dass es möglich ist, und ich bin auch der Überzeugung, dass man hier noch gezielter vorgehen kann. Aber wahrscheinlich sind die Rechtsgrundlagen nächstes Jahr noch nicht so weit.

Gysi Barbara (S, SG): Herr Bundesrat, ich spreche auch zu diesem Kinderrechtskredit. Ich bin Präsidentin von Pflege- und Adoptivkinder Schweiz, einem Verein, der sich ebenfalls engagiert. Ich glaube, es ist nicht eine Frage der fehlenden Rechtsgrundlage, sondern es müsste Ihnen bekannt sein, dass sehr, sehr viele Gesuche jetzt auch abgelehnt worden sind, weil eben zu wenig finanzielle Mittel da sind. Das ist eine Tatsache. Ist das dem Bundesrat bekannt?

Maurer Ueli, Bundesrat: Nein, das ist mir nicht bekannt. Das kommt nicht bis zu mir. Sie müssen auch die Grösse der Beträge ansehen. Es ist ein wichtiges Problem, das wir ernst nehmen müssen. Aber die Beträge, die der Bund hier spricht, sind im gesamten Verhältnis gesehen eher im Bagatellbereich. Daher muss das wirklich genereller angeschaut werden. Ob Sie jetzt 1,5 oder 2 Millionen Franken sprechen, verändert wahrscheinlich die Situation der Kinder im nächsten Jahr noch nicht.

Nicolet Jacques (V, VD), pour la commission: Suite à nos travaux de la semaine dernière, le Conseil des Etats a traité le budget 2021 assorti du plan intégré des tâches et des finances 2022–2024. Notre conseil



doit maintenant se prononcer sur les divergences que la Commission des finances du Conseil national a préalablement traitées lors d'une séance qui s'est tenue hier matin entre 7 et 8 heures.

Au niveau de l'Office fédéral des assurances sociales, position 318.A231.0247, "Protection et droits de l'enfant", le Conseil fédéral prévoyait initialement un montant de 1,13 million de francs. Notre conseil a cependant adopté une proposition de la commission relevant ce montant à 2 millions de francs, alors que le Conseil des Etats a décidé d'un montant de 1,5 million de francs. La commission, par 14 voix contre 11 sans abstention, vous demande de confirmer votre premier vote à hauteur de 2 millions de francs. Une minorité Guggisberg vous demande de soutenir le montant de 1,5 million de francs proposé par le Conseil des Etats. Ce vote vaut également pour l'arrêté fédéral II concernant le plan financier pour les années 2022 à 2024, à la page D1 du dépliant.

Concernant le Département fédéral de la formation, de la recherche et de l'innovation, nous retrouvons ici les mêmes propositions que notre Conseil avait traitées lors du premier examen du budget. A noter que les trois premières positions, qui font l'objet d'un seul vote, sont liées au message relatif à l'encouragement de la formation, de la recherche et de l'innovation qui est en cours de traitement. De ce fait, le Conseil des Etats a gardé artificiellement cette divergence, afin de pouvoir inscrire au budget le montant exact une fois que l'examen du message FRI aura abouti.

Au niveau du Secrétariat général du DFER, à la page A1 du dépliant, position 701.A231.0181, "Contribution financière au domaine des EPF", le Conseil fédéral avait annoncé un montant de 2,373 milliards de francs au budget 2021. Notre conseil avait soutenu une majoration de 3,75 millions de francs, portant ce budget à 2,377 milliards de francs, alors que le Conseil des Etats a décidé d'en rester au montant initial. Concernant le Secrétariat d'Etat à la formation, à la recherche et à l'innovation (SEFRI), notre conseil avait soutenu une augmentation de 5,1 millions de francs lors de l'examen du budget, portant le budget à 62,632 millions de francs, alors que le Conseil des Etats a maintenu les montants au niveau du budget proposé par le Conseil fédéral. Toujours au SEFRI, à la position 750.A231.0273, "Etablissements de recherche d'importance nationale", notre conseil avait accepté de porter le montant de 112,3 à 115,3 millions de francs, soit une augmentation de 3 millions de francs. Le Conseil des Etats maintient le montant proposé par le Conseil fédéral à hauteur de 112,3 millions de francs.

AB 2020 N 2385 / BO 2020 N 2385

Pour ces trois positions, la commission, par 15 voix contre 10 sans abstention, vous demande de confirmer votre vote précédent. Une minorité Gmür Alois vous demande d'en rester au montant proposé par le Conseil fédéral et soutenu par le Conseil des Etats.

Concernant toujours le SEFRI, dans le plan financier 2022–2024, à la page D4 du dépliant, position 750.A231.0269, "Mobilité internationale, formation", la commission, tout comme le Conseil des Etats, vous demande, par 14 voix contre 11, d'en rester aux montants initiaux proposés par le Conseil fédéral et de ne pas accorder la majoration de 115 millions de francs pour 2022, 125 millions de francs pour 2023 et 140 millions de francs pour 2024. Une minorité Schneider Schüttel vous demande de confirmer le vote de notre dernière séance majorant les montants de la façon expliquée tout à l'heure.

Au niveau de l'Office fédéral de l'agriculture, à la page A2 du dépliant, position 708.A231.0234, "Paiements directs versés dans l'agriculture", notre conseil avait précédemment décidé d'une augmentation à hauteur de 1,8 million de francs pour les paiements directs dans l'agriculture, afin de financer des mesures de biodiversité liées notamment à la détention de moutons dans les alpages. Le Conseil des Etats a soutenu le montant de 2,812 milliards de francs, soit le budget du Conseil fédéral majoré des 16,8 millions de francs que notre conseil avait préalablement acceptés. La commission, par 14 voix contre 11, vous demande de suivre la position du Conseil des Etats, soutenant le montant de 2,81 milliards de francs et refusant que les mesures de biodiversité soient financées par le biais des paiements directs. La minorité Schneider Schüttel qui proposait de maintenir ce montant de 1,8 million de francs a été retirée il y a un instant.

Au niveau de l'Office fédéral du logement, une annonce tardive du Conseil fédéral à hauteur de 20 millions de francs visant à indemniser les cas de rigueur pour les bailleurs avait été acceptée. La loi Covid-19 ayant été traitée par le Parlement, le montant proposé n'a plus lieu d'être. De ce fait, notre commission adhère à la proposition du Conseil des Etats.

Concernant l'Office fédéral de l'environnement, position 810.A236.0121, "Technologies environnementales", notre conseil avait accepté une augmentation de 3 millions de francs, passant cette position budgétaire à 7,017 millions de francs. Le Conseil des Etats propose d'en rester au montant initial de 4,017 millions de francs. Notre commission, par 16 voix contre 8 et 1 abstention, soutient une nouvelle proposition de majorer ce montant d'un million de francs, soit de passer cette position à 5,017 millions de francs – la proposition qui



visait un montant de 7,017 millions de francs n'étant plus d'actualité. La minorité Guggisberg vous demande d'en rester au montant initial, tel que l'a soutenu le Conseil des Etats. Ce vote vaut également pour le crédit d'engagement ouvert autorisé antérieurement, à la page A3 du dépliant, ainsi que pour l'article 7 alinéa 1 lettre e de l'arrêté fédéral la concernant le budget pour l'année 2021, à la page B1 du dépliant.

Au niveau de l'Office fédéral des transports, à la page C2 du dépliant, notre conseil avait accepté une augmentation de la valeur cible du taux d'utilisation dans le domaine des transports des voyageurs. Cette proposition n'a pas été suivie par le Conseil des Etats. Nous vous proposons de nous rallier à cette position.

Concernant l'Office fédéral de l'aviation civile, à la page D8 du dépliant, position 803.A231.0298, "Mesures de promotion de la sécurité", le Conseil des Etats propose de majorer de 7 millions de francs le plan financier pour ces mesures relatives à la promotion de la sécurité de l'aviation civile. Cela représente 5 millions de francs en plus par année, sur 2022, 2023 et 2024. L'argumentation du Conseil des Etats s'appuie sur un système de dégressivité des subventions dans ce domaine, voulu par le Conseil fédéral dès 2022. Le Conseil des Etats entend donc maintenir ce système de subventions, sans la dégressivité. Le Conseil fédéral entend lui maintenir cet objectif, ce que notre commission soutient à l'unanimité. De ce fait, nous vous demandons d'en rester à la proposition initiale du Conseil fédéral.

Les dernières divergences portent sur la Centrale de compensation, aux pages D2 et D3 du dépliant. Notre conseil avait modifié quatre valeurs cibles portant sur l'efficacité de gestion dans le traitement des dossiers des assurés à la Caisse suisse de compensation ainsi que dans l'assurance-invalidité. Le Conseil des Etats n'a pas validé ces valeurs cibles. Notre commission renonce à maintenir ces divergences et se rallie aux objectifs du budget du Conseil fédéral.

Fischer Roland (GL, LU), für die Kommission: Der Ständerat hat den Voranschlag und den Finanzplan am Montag beraten und hat noch 14 Differenzen zum Nationalrat offengelassen. Gerne erläutere ich Ihnen hierzu die Anträge Ihrer Finanzkommission.

Zuerst zum Kinderschutz: Der Ständerat beschloss mit 1,5 Millionen Franken einen Kompromiss zwischen dem vom Bundesrat beantragten Betrag, das waren 1,2 Millionen Franken, und dem vom Nationalrat beschlossenen Betrag in der Höhe von 2 Millionen Franken. Eine Minderheit Guggisberg beantragt Ihnen hier nun, dem Kompromissantrag des Ständerates zu folgen. Die Finanzkommission ist jedoch mit 14 zu 11 Stimmen der Ansicht, dass der höhere Betrag gerechtfertigt ist. Die Mittel zur Lösung der Aufgabe waren in den vergangenen Jahren zu knapp. Zwischen 2016 und 2020 wurde der Kredit kaum angepasst, er wurde stets ausgeschöpft. Es geht hier auch um eine Übergangslösung, bis die von Ihnen beschlossene Ombudsstelle für Kinderrechte ihre Tätigkeit aufnehmen kann. Ich bitte Sie deshalb im Namen der Mehrheit der Kommission, am Beschluss Ihres Rates festzuhalten.

Ich komme zum Bereich Bildung, Forschung und Innovation. Hier behandeln wir zwei verschiedene Bereiche, zum einen die Kredite, die im Zusammenhang mit der BFI-Botschaft stehen, und zum andern den Kredit zur Bildungsmobilität.

Ich komme zuerst zu den Krediten der BFI-Botschaft: Ich erinnere Sie daran, dass die BFI-Botschaft noch nicht zu Ende beraten ist, weshalb wir auch noch nicht wissen, wie hoch die Zahlungsrahmen definitiv sind. Ihre Finanzkommission hat bei den Vorberatungen keine Anträge auf Anpassung gestellt, obwohl dies eigentlich dem aktuellen Stand der Beschlüsse des Nationalrates entsprochen hätte. Deshalb hat die Finanzkommission des Ständerates bei den entsprechenden Kreditpositionen die Beträge erhöht. Damit hätten die beiden Räte formell korrekt bleiben und die Beträge erst dann beschliessen können, wenn die Differenzen bei den Zahlungsrahmen ausgeräumt gewesen wären.

Nun hat jedoch Ihr Rat diesen Plan vereitelt und hat, gestützt auf Einzelanträge, die Beträge ebenfalls erhöht. Hätte nun der Ständerat dem Antrag seiner Finanzkommission zugestimmt, dann wären diese Differenzen geschlossen worden. Man hätte dann wieder die Situation gehabt, dass Beträge im Voranschlag stehen, ohne dass ein Zahlungsrahmen vorliegt. Der Ständerat ist deshalb umgeschwenkt und hat die Beträge des Bundesrates übernommen und so eine Differenz bewusst offengelassen. Nun ist es wichtig, dass Sie diese Differenz ebenfalls noch offenlassen, bis wir die BFI-Botschaft zu Ende beraten haben. Deshalb bitte ich Sie, an Ihrem Beschluss festzuhalten und hier der Mehrheit zuzustimmen. Ihre Finanzkommission hat mit 15 zu 10 Stimmen dem Antrag auf Festhalten zugestimmt.

Bei der Bildungsmobilität hat sich der Ständerat auch im Finanzplan für die tieferen Beträge des Bundesrates entschieden. Sie haben im Finanzplan jedoch höhere Beträge im Hinblick auf die volle Assoziierung der Schweiz an Erasmus plus gemäss Legislaturprogramm eingestellt. Eine Minderheit Schneider Schüttel beantragt Ihnen, am Beschluss des Nationalrates festzuhalten. Ihre Finanzkommission beantragt Ihnen jedoch mit 14 zu 11 Stimmen, sich dem Ständerat und dem Bundesrat anzuschliessen und somit hier noch keine Beträge



einzufüllen, bis eine entsprechende Botschaft des Bundesrates vorliegt.

Bei der Landwirtschaft verbleibt eine Differenz bei den Direktzahlungen. Der Ständerat hat zwar die Teuerungskorrektur ebenfalls abgelehnt und sich somit unserem Rat angeschlossen. Abgelehnt hat jedoch der Bundesrat eine Erhöhung des Betrags für Sömmerungsbeiträge an die nachhaltige Schafalpmung um 1,8 Millionen Franken. Die Finanzkommission beantragt Ihnen hier mit 14 zu 11 Stimmen, dem Ständerat zu folgen. Der Minderheitsantrag Schneider Schüttel, den Sie noch

AB 2020 N 2386 / BO 2020 N 2386

in der Fahne vorfinden, ist zurückgezogen, sodass hier kein Gegenantrag mehr vorliegt.

Bei den Geschäftsmieten kann ich es kurz machen. Sie haben 20 Millionen Franken für Härtefälle bei den Geschäftsmieten beschlossen. Dieser Betrag wurde jedoch in der Zwischenzeit hinfällig, weil Sie letzte Woche das Geschäftsmietengesetz abgelehnt haben. Aus diesem Grund hat der Ständerat diesen Betrag gestrichen, und Ihre Finanzkommission schliesst sich hier ohne Gegenantrag dem Ständerat an.

Im Bereich Umwelt und Energie ist noch eine Position offen. Es handelt sich um die Förderung der Umwelttechnologie. Hier haben Sie den Betrag von 4 Millionen Franken auf 7 Millionen aufgestockt. Der Ständerat lehnte jedoch eine Erhöhung des Betrags ab. Die Mehrheit Ihrer Kommission beantragt Ihnen nun als Kompromiss, den Betrag um 1 Million auf 5 Millionen Franken zu erhöhen. Der Bedarf ist ausgewiesen, da verschiedene Projekte für das nächste Jahr noch nicht finanziert sind. Die Minderheit Guggisberg möchte sich jedoch dem Ständerat anschliessen und die Differenz bereinigen. Ihre Finanzkommission beantragt Ihnen aber mit 16 zu 8 Stimmen bei 1 Enthaltung, der Mehrheit zu folgen und dem Ständerat bei dieser Position ein Kompromissangebot zu unterbreiten.

Im Bereich des Verkehrs bleiben noch zwei Differenzen. Diese Differenzen werden wir auf Antrag Ihrer Finanzkommission bereinigen. Es handelt sich hier um das Ziel für die Auslastung im regionalen Personenverkehr, wo Ihre Kommission ohne Gegenantrag beantragt, sich dem Ständerat und dem Bundesrat anzuschliessen. Hingegen beantragt Ihnen die Kommission einstimmig, bei den technischen Sicherheitsmassnahmen im Bundesamt für Zivilluftfahrt dem Antrag des Ständerates nicht zu folgen und die Beträge nicht aufzustocken. Der Ständerat wird sich deshalb noch einmal mit dieser Position befassen müssen. Es geht um die Subventionierung der Regionallugplätze. Das ist ein Thema, welches in den ursprünglichen Beratungen in der Finanzkommission des Nationalrates noch gar nicht diskutiert wurde. Der Ständerat möchte hier im Hinblick auf eine neue Lösung bei der Finanzierung der Regionallugplätze die Beträge im Finanzplan aufstocken. Der Bundesrat plant dies ebenfalls. Der Prozess ist aber noch nicht abgeschlossen, weshalb die höheren Beträge erst im nächsten Budget beantragt werden.

Bei der Zentralen Ausgleichsstelle bestehen noch vier Differenzen bei den Leistungen und Effizienzzielen. Die Finanzkommission beantragt ohne Gegenantrag, hier dem Ständerat zu folgen und die Zielgrössen nicht anzupassen, sodass wir diese Differenzen ausräumen können.

Ich danke Ihnen für die Unterstützung der Anträge der Kommissionsmehrheit.

Nussbaumer Eric (S, BL): Geschätzter Kollege Fischer, können Sie bestätigen, dass bei dieser Position im Finanzplan zur Bildungsmobilität die Situation eigentlich so ist, dass wir nicht auf die EU warten müssen? Vielmehr sind die Rechtsgrundlagen in der Schweiz vorhanden. Die Bundesversammlung hat die volle Assoziierung verlangt, sodass es eigentlich Sache des Bundesrates wäre, eine Finanzierungsbotschaft zu unterbreiten.

Fischer Roland (GL, LU), für die Kommission: Herr Kollege Nussbaumer, ich danke Ihnen für diese Frage. Ja, das stimmt: Die Rechtsgrundlagen liegen vor. Es handelt sich eigentlich um die gleiche Situation wie bei Horizon plus, und man könnte durchaus eine Finanzierungsbotschaft vorlegen; das stimmt.

Departement des Innern – Département de l'intérieur

318 Bundesamt für Sozialversicherungen
318 Office fédéral des assurances sociales

Antrag der Mehrheit
A231.0247 Kinderschutz/Kinderrechte
Festhalten



Antrag der Minderheit

(Guggisberg, Bourgeois, Egger Mike, Farinelli, Feller, Grin, Keller Peter, Nicolet, Schilliger, Schwander, Strupler)
A231.0247 Kinderschutz/Kinderrechte
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la majorité

A231.0247 Protection et droits de l'enfant
Maintenir

Proposition de la minorité

(Guggisberg, Bourgeois, Egger Mike, Farinelli, Feller, Grin, Keller Peter, Nicolet, Schilliger, Schwander, Strupler)
A231.0247 Protection et droits de l'enfant
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

4. Bundesbeschluss II über den Finanzplan für die Jahre 2022–2024

4. Arrêté fédéral II concernant le plan financier pour les années 2022–2024

Art. 2 Bst. a

Antrag der Mehrheit

a. Bundesamt für Sozialversicherungen
A231.0247 Kinderschutz/Kinderrechte
Festhalten

Antrag der Minderheit

(Guggisberg, Bourgeois, Egger Mike, Farinelli, Feller, Grin, Keller Peter, Nicolet, Schilliger, Schwander, Strupler)
a. Bundesamt für Sozialversicherungen
A231.0247 Kinderschutz/Kinderrechte
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 2 let. a

Proposition de la majorité

a. Office fédéral des assurances sociales
A231.0247 Protection et droits de l'enfant
Maintenir

Proposition de la minorité

(Guggisberg, Bourgeois, Egger Mike, Farinelli, Feller, Grin, Keller Peter, Nicolet, Schilliger, Schwander, Strupler)
a. Office fédéral des assurances sociales
A231.0247 Protection et droits de l'enfant
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 20.041/21944)
Für den Antrag der Mehrheit ... 118 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit ... 72 Stimmen
(1 Enthaltung)



1. Voranschlag der Verwaltungseinheiten

1. Budget des unités administratives

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung Département de l'économie, de la formation et de la recherche

*701 Generalsekretariat WBF
701 Secrétariat général du DEFR*

Antrag der Mehrheit
A231.0181 Finanzierungsbeitrag an ETH-Bereich
Festhalten

Antrag der Minderheit
(Gmür Alois, Egger Mike, Grin, Gschwind, Guggisberg, Keller Peter, Nicolet, Schwander, Siegenthaler, Strupler)
A231.0181 Finanzierungsbeitrag an ETH-Bereich
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

AB 2020 N 2387 / BO 2020 N 2387

Proposition de la majorité
A231.0181 Contribution financière au domaine des EPF
Maintenir

Proposition de la minorité
(Gmür Alois, Egger Mike, Grin, Gschwind, Guggisberg, Keller Peter, Nicolet, Schwander, Siegenthaler, Strupler)
A231.0181 Contribution financière au domaine des EPF
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Abstimmung – Vote
(namentlich – nominatif; 20.041/21945)
Für den Antrag der Mehrheit ... 111 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit ... 79 Stimmen
(1 Enthaltung)

*708 Bundesamt für Landwirtschaft
708 Office fédéral de l'agriculture*

Antrag der Mehrheit
A231.0234 Direktzahlungen Landwirtschaft
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit
(Schneider Schüttel, Andrey, Brélaz, Dandrès, Egger Kurt, Friedl Claudia, Gysi Barbara, Wettstein, Widmer Céline)
A231.0234 Direktzahlungen Landwirtschaft
Festhalten

Proposition de la majorité
A231.0234 Paiements directs versés dans l'agriculture
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité
(Schneider Schüttel, Andrey, Brélaz, Dandrès, Egger Kurt, Friedl Claudia, Gysi Barbara, Wettstein, Widmer)



Céline)
A231.0234 Paiements directs versés dans l'agriculture
Maintenir

3. Bundesbeschluss Ib über die Planungsgrössen im Voranschlag für das Jahr 2021
3. Arrêté fédéral Ib concernant le cadre financier inscrit au budget 2021

Anhang 2 – Annexe 2

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung
Département de l'économie, de la formation et de la recherche

708 Bundesamt für Landwirtschaft
708 Office fédéral de l'agriculture

Antrag der Mehrheit
A231.0234 Direktzahlungen Landwirtschaft
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit
(Schneider Schüttel, Andrey, Brélaz, Dandrès, Egger Kurt, Friedl Claudia, Gysi Barbara, Wettstein, Widmer Céline)
A231.0234 Direktzahlungen Landwirtschaft
Festhalten

Proposition de la majorité
A231.0234 Paiements directs versés dans l'agriculture
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité
(Schneider Schüttel, Andrey, Brélaz, Dandrès, Egger Kurt, Friedl Claudia, Gysi Barbara, Wettstein, Widmer Céline)
A231.0234 Paiements directs versés dans l'agriculture
Maintenir

Präsident (Aebi Andreas, Präsident): Der Antrag der Minderheit Schneider Schüttel wurde zurückgezogen.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit
Adopté selon la proposition de la majorité

1. Voranschlag der Verwaltungseinheiten
1. Budget des unités administratives

725 Bundesamt für Wohnungswesen
725 Office fédéral du logement

Antrag der Kommission
A231.0413 Covid-19: Härtefallentschädigung Vermieter
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates



Proposition de la commission

A231.0413 Covid-19: Indemnisation des cas de rigueur, bailleurs
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

750 Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation
750 Secrétariat d'Etat à la formation, à la recherche et à l'innovation

Antrag der Mehrheit

A231.0260 Innovations- und Projektbeiträge
A231.0273 Forschungseinrichtungen von nationaler Bedeutung
Festhalten

Antrag der Minderheit

(Gmür Alois, Egger Mike, Grin, Gschwind, Guggisberg, Keller Peter, Nicolet, Schwander, Siegenthaler, Strupler)
A231.0260 Innovations- und Projektbeiträge
A231.0273 Forschungseinrichtungen von nationaler Bedeutung
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la majorité

A231.0260 Contributions liées à des innovations et à des projets
A231.0273 Etablissements de recherche d'importance nationale
Maintenir

Proposition de la minorité

(Gmür Alois, Egger Mike, Grin, Gschwind, Guggisberg, Keller Peter, Nicolet, Schwander, Siegenthaler, Strupler)
A231.0260 Contributions liées à des innovations et à des projets
A231.0273 Etablissements de recherche d'importance nationale
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Pos. 750.A231.0260

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 20.041/21947)
Für den Antrag der Mehrheit ... 114 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit ... 74 Stimmen
(2 Enthaltungen)

Pos. 750.A231.0273

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 20.041/21948)
Für den Antrag der Mehrheit ... 116 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit ... 72 Stimmen
(3 Enthaltungen)

AB 2020 N 2388 / BO 2020 N 2388

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation
Département de l'environnement, des transports, de l'énergie et de la communication

810 Bundesamt für Umwelt
810 Office fédéral de l'environnement

Antrag der Mehrheit

A236.0121 Umwelttechnologie





Fr. 5 017 000
V0307.00/A236.0121 Umwelttechnologie 2019–2023
Fr. 3 000 000

Antrag der Minderheit

(Guggisberg, Egger Mike, Grin, Keller Peter, Nicolet, Schilliger, Schwander, Strupler)
A236.0121 Umwelttechnologie
V0307.00/A236.0121 Umwelttechnologie 2019–2023
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la majorité

A236.0121 Technologies environnementales
Fr. 5 017 000
V0307.00/A236.0121 Technologie environnementale 2019–2023
Fr. 3 000 000

Proposition de la minorité

(Guggisberg, Egger Mike, Grin, Keller Peter, Nicolet, Schilliger, Schwander, Strupler)
A236.0121 Technologies environnementales
V0307.00/A236.0121 Technologie environnementale 2019–2023
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

2. Bundesbeschluss la über den Voranschlag für das Jahr 2021

2. Arrêté fédéral la concernant le budget pour l'année 2021

Art. 7 Abs. 1 Bst. e

Antrag der Mehrheit
e. Umwelt und Raumordnung
Fr. 3 000 000

Antrag der Minderheit

(Guggisberg, Egger Mike, Grin, Keller Peter, Nicolet, Schilliger, Schwander, Strupler)
e. Umwelt und Raumordnung
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 7 al. 1 let. e

Proposition de la majorité
e. Environnement et aménagement du territoire
Fr. 3 000 000

Proposition de la minorité

(Guggisberg, Egger Mike, Grin, Keller Peter, Nicolet, Schilliger, Schwander, Strupler)
e. Environnement et aménagement du territoire
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

4. Bundesbeschluss II über den Finanzplan für die Jahre 2022–2024

4. Arrêté fédéral II concernant le plan financier pour les années 2022–2024

Art. 2 Bst. i

Antrag der Mehrheit
i. Bundesamt für Umwelt
A236.0121 Umwelttechnologie
2022: Fr. 4 956 000
2023: Fr. 4 987 600





Antrag der Minderheit

(Guggisberg, Egger Mike, Grin, Keller Peter, Nicolet, Schilliger, Schwander, Strupler)

i. Bundesamt für Umwelt

A236.0121 Umwelttechnologie

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 2 let. i

Proposition de la majorité

i. Office fédéral de l'environnement

A236.0121 Technologies environnementales

2022: Fr. 4 956 000

2023: Fr. 4 987 600

Proposition de la minorité

(Guggisberg, Egger Mike, Grin, Keller Peter, Nicolet, Schilliger, Schwander, Strupler)

i. Office fédéral de l'environnement

A236.0121 Technologies environnementales

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 20.041/21949)

Für den Antrag der Mehrheit ... 136 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 55 Stimmen

(0 Enthaltungen)

3. Bundesbeschluss Ib über die Planungsgrössen im Voranschlag für das Jahr 2021

3. Arrêté fédéral Ib concernant le cadre financier inscrit au budget 2021

Anhang 1 – Annexe 1

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

Département de l'environnement, des transports, de l'énergie et de la communication

802 Bundesamt für Verkehr

802 Office fédéral des transports

Antrag der Kommission

LG 2: Öffentlicher Verkehr und Schienengüterverkehr

Personenverkehr Grundversorgung

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

GP 2: Transports publics et fret ferroviaire

Transport des voyageurs, desserte de base

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

4. Bundesbeschluss II über den Finanzplan für die Jahre 2022–2024

4. Arrêté fédéral II concernant le plan financier pour les années 2022–2024

Art. 2 Bst. b-h

Antrag der Mehrheit

Bst. b-e

b.-e. Zentrale Ausgleichsstelle

LG 2: Beiträge und Leistungen der Schweizerischen Ausgleichskasse



LG 3: Leistungen Invalidenversicherung
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Bst. f

f. Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation

A231.0269 Internationale Mobilität Bildung

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Bst. g

g. Bundesamt für Verkehr

LG 2: Öffentlicher Verkehr und Schienengüterverkehr

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

AB 2020 N 2389 / BO 2020 N 2389

Bst. h

h. Bundesamt für Zivilluftfahrt

A231.0298 Technische Sicherheitsmassnahmen

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Schneider Schüttel, Andrey, Brélaz, Dandrès, Egger Kurt, Fischer Roland, Friedl Claudia, Gysi Barbara, Matter Michel, Wettstein, Widmer Céline)

Bst. f

f. Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation

A231.0269 Internationale Mobilität Bildung

Festhalten

Art. 2 let. b-h

Proposition de la majorité

Let. b-e

b.-e. Centrale de compensation

GP 2: Cotisations et prestations de la Caisse suisse de compensation

GP 3: Prestations en matière d'assurance-invalidité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Let. f

f. Secrétariat d'Etat à la formation, à la recherche et à l'innovation

A231.0269 Mobilité internationale, formation

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Let. g

g. Office fédéral des transports

GP 2: Transports publics et fret ferroviaire

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Let. h

h. Office fédéral de l'aviation civile

A231.0298 Mesures de promotion de la sécurité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Schneider Schüttel, Andrey, Brélaz, Dandrès, Egger Kurt, Fischer Roland, Friedl Claudia, Gysi Barbara, Matter Michel, Wettstein, Widmer Céline)

Let. f

f. Secrétariat d'Etat à la formation, à la recherche et à l'innovation

A231.0269 Mobilité internationale, formation

Maintenir



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Wintersession 2020 • Achte Sitzung • 09.12.20 • 08h00 • 20.041
Conseil national • Session d'hiver 2020 • Huitième séance • 09.12.20 • 08h00 • 20.041



Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 20.041/21950)

Für den Antrag der Minderheit ... 108 Stimmen

Für den Antrag der Mehrheit ... 79 Stimmen

(3 Enthaltungen)

Übrige Bestimmungen angenommen

Les autres dispositions sont adoptées

